



für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Gegen Kahlschlagpolitik Offensive für absolute SPD-Mehrheit



Im Auftrag des Kapitals versucht die Kohl-Regierung, die Kraft der Arbeiter zu brechen. Nur mit Hilfe der Arbeiter kann die SPD die absolute Mehrheit erreichen und sozialistische Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen.

Unter der militärischen Barbarei in Chile haben nur noch 30% eine volle Arbeitsstelle. 70% Jugendlichen sind arbeitslos. Hunderttausende verdienen in staatlichen Beschäftigungsprogrammen 15 bis 23 US-Dollar monatlich. Aber sie brauchen 60 Dollar, um die minimalen Grundbedürfnisse zu decken. Allein 80% ihres Lohnes müssen sie für Brot ausgeben.

Deswegen sind 3 Millionen unterernährt und 5 Millionen hungrig. Die Kaufkraft der Arbeiter sank 1981 bis 1984 um 22%.

Hunger, Krankheit, Armut und Tod sind alles, was die Menschen in den riesigen Elendsvierteln kennen — außer Verhaftung, Folter und Mord. Denn um den 11-millionenköpfigen Feind niederzuhalten und das Land für die Gewinne der Multis gut geeignet zu halten, gibt es die Streitkräfte.

Im Juli wurden zwei Studenten von Soldaten mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt. Kinder aus einem Slumviertel wurden gezwungen, nackt und barfuß durch eine brennende Barrikade zu gehen. Während der letzten Jahre wurden über 2000 Arbeiter und Jugendliche von Polizei und Armee umgebracht.

Aber in Chile gibt es auch Revolution. 1983 fingen die monatlichen Protesttage an. Im Oktober 1984 fand ein 24-stündiger Generalstreik statt. Danach folgte eine Pe-

Stürzt Pinochet - für ein sozialistisches Chile!

riode der Ruhe. Die endlose Reihe von begrenzten Protesten hatte nichts gebracht. Die Arbeiter waren bei den symbolischen Protesten sehr zurückhaltend gewesen. Die Protesttage wurden überwiegend von Jugendlichen und Slum-Bewohnern getragen. Ohne die Perspektive auf einen Sieg wollten die Arbeiter nicht das Risiko eingehen, vom Staat verhaftet und vom Unternehmer entlassen zu werden. Und das unmittelbare Ziel des Sturzes von Pinochet wurde ihnen von den Führern der Arbeiterorganisationen und -parteien nicht gegeben.

Die Generäle nutzten diese Enttäuschung und die Perspektivlosigkeit der Arbeiterführer, um in die Offensive zu gehen. Arbeiterviertel wurden systematisch angegriffen und Jugendliche erschossen, um die Arbeiterklasse zu terrorisieren. Im Elendsviertel La Vitoria wurden



1983 hat Kohl die Wahl gewonnen, weil er den „Aufschwung“ versprochen hat. Bis 1985 wollte er die Arbeitslosigkeit um eine Million vermindern. Und so sieht die vorläufige Bilanz von Kohls Politik aus:

- Das Schülerbafög wurde gestrichen und das Studentenbafög auf Vollbarlehen umgestellt.
- Schwerbehinderte dürfen nicht mehr umsonst mit Bus und Bahn fahren, sondern müssen pro Jahr 120 DM zahlen.
- Arbeiter erhalten weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld, weil auch von diesen Zahlungen Sozialversicherungsabgaben bezahlt werden müssen. Sogar das Krankengeld wird für die Sozialversicherung herangezogen.
- Das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe wurden gekürzt und die Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld wurden verlängert.

Um von dieser Misere abzulenken, hat die Bundesregierung als Wahlkampfthema den Sündenbock entdeckt: Die „Asylantenflut“.

Eine ständig steigende „Asylantenflut“ bedrohe unseren Wohlstand, behaupten Strauß, Zimmermann und Co. Das ist paradox: Wir haben eine inoffizielle Arbeitslosenzahl von 3,5 Millionen, die höchste Zahl an Firmenpleiten und täglich werden viele Arbeitnehmer wegen Rationalisierung auf die Straße gesetzt. Und plötzlich sollen ein paar Asylanten unseren Wohlstand bedrohen?

Nein, sie selbst — Kohl und Kapital — sind es, die unseren Wohlstand bedrohen, die bei den kleinen Leuten kürzen, um das Geld den Unternehmern zu geben. Nach dem Motto: Wer hat, dem wird gegeben, sind bis 1985 schon 210 Milliarden DM von unten nach oben umverteilt worden.

Der neueste Skandal ist die Behandlung der sogenannten „Trümmerfrauen“. Diese Frauen haben unter schwersten Bedingungen ihre Kinder erzogen. Die stufenweise Einführung des Babyjahres für die Rente der „Trümmerfrauen“ sorgt dafür, daß viele von ihnen sterben werden, bis sie in den Genuß dieser „Wohltat“ (nur 25 DM pro Monat und Kind!) kommen. Inzwischen sind 2,6 Millionen Menschen gezwungen, von der Sozialhilfe zu leben — und unter ihnen sind viele

„Trümmerfrauen“.

Trotzdem behauptet Geißler: „Die CDU will in Zukunft Freund, Helfer und Anwalt der sozial Schwachen sein.“ Nein, danke! Die „Hilfe“ der letzten 5 Jahre reicht uns schon! Jetzt haben wir noch ein kleines Wirtschaftswachstum von 3% jährlich. Was soll werden, wenn die nächste Rezession kommt? 5 bis 6 Millionen Arbeitslose? Noch mehr Sozialkürzungen?

Kohl und Kapital wollen ihre Profite auf Kosten der Arbeiter sanieren und fürchten deshalb deren Gegenwehr. Zu Recht!

Nach 5 Jahren CDU/CSU/FDP-Regierung sagt die Masse der Bevölkerung jetzt ganz entschieden: Nie wieder Kohl!

Deshalb muß die SPD jetzt schnell anfangen, ihre Wähler und Anhänger zu mobilisieren. Gemeinsam mit den Gewerkschaften muß sie sich für die Rücknahme aller arbeiterfeindlichen Gesetze einsetzen und mit einem sozialistischen Programm deutlich machen, daß sie es ernst meint und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt.

Wir müssen jetzt offensiv den Wahlkampf beginnen!

Maria Stark, Aachen
Jungsozialistin

10.000 allein in einer Nacht verhaftet.

Erst in letzter Zeit haben die Menschen, die noch Arbeit haben, verstärkt an den Kämpfen teilgenommen. Am 2.-3. Juli kam der erfolgreichste Schlag in 12 Jahren Militärdiktatur: Der 48-stündige Generalstreik, zu der die von den CNT-Gewerkschaften einberufene Bürgerversammlung aufgerufen hatte.

Allein wegen dieser revolutionären Bewegung der chilenischen Bevölkerung distanzieren sich viele ehemalige Freunde Pinochets von ihrem Retter von gestern. Herr Strauß besucht seinen anti-marxistischen Freund in Santiago nicht mehr; CSU-Abgeordnete beschrei-

ben nicht mehr zynisch die Lage der gefolterten politischen Gefangenen als „recht angenehm“.

Seit vier Jahren nun versuchen die Schönwetterdemokraten in Santiago und Washington, die kommende revolutionäre Explosion zu verhindern durch ein Absetzen Pinochets und einen von oben kontrollierten Übergang zur bürgerlichen Demokratie. Aber Pinochet will nicht aufgeben. Zwar regiert der chilenische Bonaparte im Interesse des Kapitals, aber in erster Linie in seinem eigenen.

Terrorismus ist keine Lösung!

Krawalle bei Demonstrationen, Bombenanschläge in Paris, Madrid, München und anderswo. In letzter Zeit häufen sich die Gewalttaten überall auf der Welt. Viele Menschen sind davon abgestoßen, fühlen sich bedroht.

Alle bisherigen Gesellschaftssysteme haben Gewalt zur Grundlage, denn in ihnen werden eine oder mehrere Klassen unterdrückt von meist einer herrschenden Klasse. Im Kapitalismus unterdrücken die Kapitalisten die Lohnabhängigen. Als Mittel dazu benutzen sie den Staat — unter anderem Militär und Polizei.

Wir haben alle noch die Bilder vor Augen, wie die Polizei im englischen Bergarbeiterstreik gegen die Arbeiter vorgegangen ist, aber auch in Deutschland gab es in den letzten Jahren genügend Beispiele: Im Druckerstreik 1984, Bei den Bundesgrenzschutzübungen zum 35-Stunden-Wochen-Streik, 1985 beim Streik bei Programma... Die Frage, ob sie Gewalt befürworten oder nicht, wird den Arbeitern gar nicht gestellt — sie werden damit konfrontiert und müssen sich wehren.

Wut und Verzweiflung

Terrorismus entsteht aus Wut und Verzweiflung gegen den Staatsapparat und gegen ein System, das sich einfach nicht wegreformieren läßt. Diese Wut führt manchen zu der Meinung, er müsse sich an den Repräsentanten des Kapitalismus rächen. Das hat mit Sozialismus nicht das Geringste zu tun. Terrorismus beachtet einfach nicht, daß einzelne Personen beliebig austauschbar sind, und der Mord eines Stellvertreters des Systems nicht das System ändern kann. Bereits Trotzki sagte: „Der kapitalistische Staat ist nicht auf Einzelpersonen und Einzelminister aufgebaut und kann nicht mit ihnen vernichtet werden. Die Klassen, denen er dient, werden immer wieder neue Leute anwerben, der Mechanismus bleibt intakt und funktioniert weiter.“

Lenin in „Was tun“ bezeichnet die Terroristen als Menschen, „... die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für sein Gefühl der Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror.“ Bei allen Unterschieden zwischen den terroristischen Strömungen der damaligen russischen Arbeiterbewegung und der RAF trifft die Charakterisierung auch heute noch zu.

In welche Sackgasse der Terrorismus führt, sehen wir am Besten in Nordirland an der IRA oder der ETA in Spanien. Diese Terrororganisationen spalten und schwächen die Arbeiterklasse. Die Entwicklung von starken Arbeiterorganisationen wird nicht unerheblich gebremst. Was wir aber brauchen, um zum Übergang von Kapitalismus zum Sozialismus zu kommen, sind starke Arbeiterorganisationen. Nur durch bewußte Massenaktionen der Arbeiterklasse kann das kapitalistische System geändert, letztendlich gestürzt werden. Zusammen mit dem Terrorismus, den dieses System selbst hervorgebracht hat, wird der Kapitalismus dann endgültig auf dem Schrotthaufen der Geschichte landen.

Starke Arbeiterorganisationen nötig

Die Arbeiterorganisationen zu stärken ist die wichtigste Aufgabe für die Marxisten. Terroristen werden dazu niemals fähig sein.

Sicher gibt es heute noch Leute in der Führung der Arbeiterbewegung, die nicht bereit sind, den Kampf gegen das System aufzunehmen. Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt uns: Oft genug sind Parteien und Gewerkschaften von den Arbeitern gezwungen worden zu kämpfen. Die Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung werden in den nächsten Jahren dazu führen, daß neue Arbeiterführer an der Spitze der Arbeiterorganisationen entschlossen gegen das Kapital vorgehen.

Wir brauchen in SPD und Gewerkschaften eine klare sozialistische Linie, ein klares sozialistisches Programm. Sonst werden immer mehr Menschen, vor allem Jugendliche, versuchen, mit Gewalt etwas zu ändern an diesem kaputten System, nur um letztendlich daran zu scheitern.

Der Terrorismus bringt uns keinen einzigen Schritt nach vorne. Er vermag nur das zu zerstören, was die Arbeiter sich in mühsamen Kämpfen an Rechten und Freiheiten über Jahre hinweg errungen haben. Eine einzige Versammlung, ein einziger Streik von einigen zehntausend Arbeitern bringt mit Sicherheit mehr für die arbeitende Bevölkerung als die Ermordung von zwanzig oder gar fünfzig der führenden Profitgeier. Für sie läßt sich immer noch Ersatz finden.

Es gibt nur einen Weg, den Kapitalismus zu vernichten: Nur wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam kämpfen, können wir dieses Kapitel der Menschheitsgeschichte endgültig abschließen und zum längst fällig gewordenen Todesstoß für diese kaputte Gesellschaftsform ausholen.

Manfred Padberg, Hannover
Jungsozialist

Bis zur Bundestagswahl 45.000 DM!

VORAN dankt allen Lesern und Unterstützern, die für den Aufbau der marxistischen Zeitung gespendet haben. Jetzt können wir das alte Ziel von 70.000 DM abschließen: Insgesamt erreichten wir 64.541,24 DM. Das sind 92,2% des Ziels! Dieses hervorragende Sammelergebnis zeigt, daß es viel Unterstützung für ein klares sozialistisches Programm in der Arbeiterbewegung gibt.

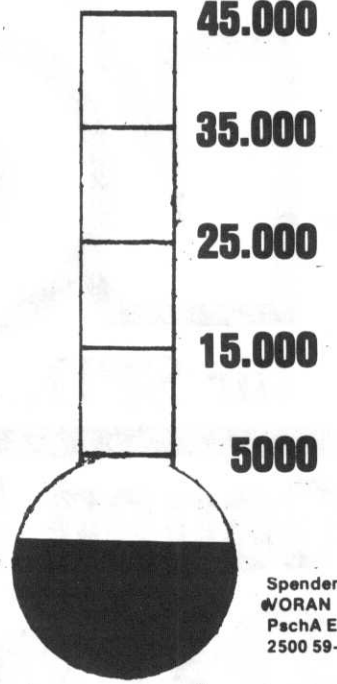
Die Unternehmer, ihre Parteien und ihre Regierung sind nicht in der Lage, Arbeitern und Jugendlichen eine gesicherte Zukunft zu bieten. Ihr kapitalistisches System versagt! Vier Millionen Arbeitslose wollen einen Arbeitsplatz. Millionen Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte wollen ihren Arbeitsplatz, ihren Lebensstandard und die sozialen Errungenschaften verteidigen. SPD und Gewerkschaften müssen jetzt entschlossen für Arbeiterinteressen kämpfen.

Die Bundestagswahl im Januar 1987 ist die Chance, die Kapitali-

stenregierung zu stürzen! Sofort nach der Sommerpause muß die SPD den Wahlkampf beginnen, offensiv den Bankrott der Kohl-Regierung aufzeigen und die arbeitenden Menschen mit einem klaren sozialistischen Programm überzeugen und mobilisieren. Für ein solches Programm steht VORAN. Deswegen ist unsere Zeitung nicht von den Millionen abhängig, sondern auf die Unterstützung der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung angewiesen. Spenden für VORAN und helft mit, unsere Ideen zu verbreiten!

Wir wollen bis zur Bundestagswahl, also bis Ende Januar 1987, insgesamt 45.000 DM an Spenden sammeln. Alleine im Juli trafen in der Redaktion schon 3.169,66 ein. VORAN-Verkäufer sammelten bei den Aktionen gegen die Atomanlage in Wackersdorf 402,03 DM. Das zeigt die enormen Möglichkeiten auf.

Im September muß eine regelrechte Herbstoffensive gegen Kohl und Kapital beginnen. Helft mit dabei,



Spendenkonto
#VORAN
PschA Essen
2500 59-430

ein klares sozialistisches Programm in der Arbeiterbewegung zu verbreiten. Spenden für VORAN! Fragt Kollegen und Freunde nach einer Spende für den Aufbau unserer Zeitung!

Leo Schiffer, Redaktion Köln

LESERBRIEFE

Ins KZ auf eigene Kosten

Seit 1981, als der Krieg zwischen Iran und Irak schon im Gange war und die Opposition im Iran selbst praktisch nicht mehr existierte, begann die Mullah-Regierung immer härter gegen die Massen vorzugehen.

Die jungen Arbeiter werden jeden Tag an die Front geschickt, um als Futter für die Kanonen benutzt zu werden. Waffen werden für teure Petrodollars vom Schwarzmarkt und aus europäischen Ländern wie Österreich gekauft, und alles, was an Waffen im Iran selbst hergestellt werden kann, wird hergestellt.

Dieses alles führt zum Tod von tausenden von Arbeitern und zu sehr hohen Lebenskosten für die iranische Bevölkerung. So reicht heutzutage das ganze Gehalt eines Diplom-Ingenieurs nicht einmal aus, die Miete für eine Zwei-Zimmer-Wohnung zu bezahlen. Weil Iran und Irak sehr viele Devisen benötigen, um die Waffenkäufe zu bezahlen, schmelzen sie enorme Mengen von Rohöl auf den Markt. Das war eine der Ursachen für den dramatischen Preisverfall, den wir erlebt haben.

Als ob das nicht genug wäre, werden die Frauen noch besonders unter Druck gesetzt. Eine Frau kriegt nur die Hälfte des Gehalts eines Mannes für die gleiche Arbeit.

In den vergangenen Monaten wurde offiziell bekannt gegeben, daß KZ-ähnliche Zentren eingerichtet werden sollen für Frauen, die sich weigern, den Schleier zu tragen. Die-

se Nachricht wurde vom Präsidenten der Republik bekannt gegeben. Er sagte:

„Ein neues Gesetz ist vorgesehen, in dem die Beschlagnahme des gesamten Hab und Gutes von Geschäftsinhabern erlaubt wird, wenn diese in ihren Geschäften Kleider anbieten, die nicht den islamischen Vorschriften entsprechen. In diesem Gesetz wird auch die Inhaftierung von Frauen vorgesehen, die sich nicht gemäß der islamischen Moral anziehen. Die Frauen werden dann ins KZ geschickt, um sich zu bessern. Sie müssen während ihrer Haft im KZ auf eigene Kosten leben.“

Der Oberstaatsanwalt der Republik meinte dazu, daß nach seiner persönlichen Meinung diese Methode falsch sei. Er sagte: „Wie viele

Leute sollen wir einsetzen, bis wir eine schleierlose Frau aufgespürt und ins KZ geschickt haben? Es wäre viel praktischer, wenn das Volk die Justiz selbst in die Hand nimmt.“ Damit ist gemeint: Die Steinigung von schleierlosen Frauen in der Öffentlichkeit.

Und was passiert mit Leuten, die versuchen, sich gegen die Situation aufzulehnen? Seit Anfang des sechsjährigen Krieges besteht ein Berufsverbot für Männer, die sich weigern, am Krieg teilzunehmen und für Frauen, die sich weigern, den Schleier zu tragen.

So werden Männer und Frauen gegeneinander ausgespielt und trotzdem gemeinsam unterdrückt, um den Kapitalisten im Iran und anderswo die Profite zu sichern und die Mullahs an der Macht zu halten. Denn die Herrschenden wissen ganz genau: Wenn sich Arbeiter und Arbeiterinnen zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen, sind ihre Tage gezählt.

P. Aram

„Heute Liverpool - morgen das Ruhrgebiet, Liverpool, ein Modell für sozialistische Kommunalpolitik.“

50 Minuten, VHS, stellt den Kampf um Liverpool 1985 und die aktuelle Lage bis Sommer 1986 dar. Dieses Video wurde erstellt nach einer Reise der SDJ-Die Falken Essen-Süd nach Liverpool.

Auszuleihen über:
SDJ-Die Falken
z.Hd. Detlef Black
Holsterhauser Str. 200
4300 Essen 1
Tel. 0201/703822 oder 745445
Preis: 30 DM für eine Woche

Aus welchen Gründen, sagt mir schon, wählt wohl der Mensch die Christ-Union? Sind wohlwogen, respektive vernunftbegründet die Motive? Laßt fachlich, gründlich und präzise und eifrig uns erörtern dies, damit, wenn unsre Herren pfeifen, wir nach dem richtigen Zettel greifen.

Als erstes, liebe Leute, das ist klar, geht es doch um die Arbeit, ja? und ging es uns noch gestern miese, mit der Union gehts aus der Krise. Es geht nicht abwärts, guter Mann! Nein die Arbeitslosigkeit steigt an! Sie wollen doch, daß ihr malochen tut, denn dann gehts unserm Aufschwung gut. Drum soll der Deutsche auch bei der Arbeit bleiben und sich nicht auf Streiks rumtreiben. Darum weg mit diesem alten Zopf, Das AFG kommt in den Topf, so wird der DGB an die Kette geschmiedet, das sichert auch den „inneren Frieden“ Ein Blick genügt und wir kapiieren, warum man uns will konservieren. Drum folg dem Hirten fromm und brav und laß dich scheren wie ein Schaf, der Dummheit Gipfel zu erklimmen d.h. für CDU zu stimmen.

Doch Leute, dies garantier ich vor den

Wahlen, wer rechts wählt, der wird wieder strahlen. Der LETZTE Fortschritt, ich anmerk, ist doch das Atomkraftwerk. Jetzt hört doch auf zu demonstrieren laßt uns doch erstmal ausprobieren. Kalkar und Wackersdorf, daß ich nicht kicher die Union sagt, die sind sicher, und sollten sie doch zu explodieren wagen, so habt ihr 30 Jahr euch zu beklagen. Ob Kohl, ob Strauß, ob Bangemann, sie alle strahlen uns doch an.

Ein wichtiges Ziel in deren Kraft, nun, das ist doch die Landwirtschaft. So wollen sie, die gut gestalten und sich viele Ochsen halten. Den Ochsen als Agrarprodukt, man wohlgefällig sich beguckt, und zum Ochsen steht ganz nah die Regierung, das ist klar. Am liebsten wäre es den Herren, wenn alle Deutschen Ochsen wären. Gibt man der CDU die Stimmen, wird die Zukunft „Blümiges“ uns bringen.

Zu deutsch: Erprobt ist das Rezept, durch das man euch aufs Neue neppt. Und wer all dies will, geb ich den Rat, wählt einzig allein Christ-Demokrat.

Roland Leroi, Krefeld

Abbau des Sozialstaates

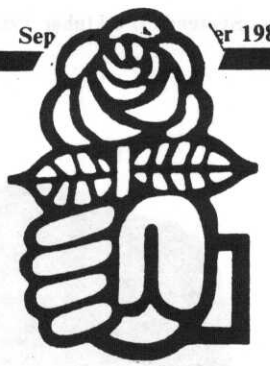
Dort, wo der Staat den Bürger mit Gütern und Dienstleistungen der verschiedensten Art versorgt, wird abgebaut, gestrichen, privatisiert. Im Gesundheitswesen ebenso wie im öffentlichen Personennahverkehr sowie bei den sozialen und kulturellen Dienstleistungen. Das Gerede von weniger Staat, weniger Verwaltung dient dazu, uns blind zu machen für die Wirklichkeit: Den Abbau des Sozialstaates. Der Staat wird immer mehr aufgeteilt in Wohlhabende und Arme. Dem Einen wird gegeben, was dem Anderen zuvor genommen wurde. Erweitert wird nur die Freiheit der Arbeitgeber und der Unternehmer. Der Entfaltungs- und Freiheitsspielraum der Bürger wird eingeengt.

Nicht vergessen: Der Sozialstaat ist die Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen.

Mit freundlichem Gruß
Hans Delhaes, Aachen
SPD-Mitglied

Juso-Wahlkampf

Jugend mobilisieren für SPD und Sozialismus



Mit einem sozialistischen Programm und einer kämpferischen Führung können die 30.000 aktiven Jusos die linke Alternative darstellen.

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen zeigte sich, daß die Politik und der Wahlkampf der SPD einen großen Teil der traditionellen Wählerschaft nicht zur Stimmabgabe für die SPD mobilisieren konnte. Das ist eine ernste Warnung für den Bundestagswahlkampf.

Die Bundestagswahl wird Jugendliche besonders politisieren, weil die sensibler auf das reagieren, was sich in der Gesellschaft abspielt.

Die Kohlregierung verdankt ihre Regierungsmacht am allerwenigsten den Stimmen Jugendlicher. Und das trotz Lehrstellenversprechen. Bei den Bundestagswahlen 1983 hatten 60% der Jungwähler (Jugendliche bis 25 Jahre) SPD (37,5%) und Grün (23,6%) gewählt. Bei den darauffolgenden Landtagswahlen haben die Regierungsparteien weitere Stimmen verloren.

Leider hat die Juso-Führung die Stimmung unter Jugendlichen nicht richtig eingeschätzt. Der Wahlsieg der CDU/CSU wurde fälschlicherweise als Rechtsentwicklung im Bewußtsein der Bevölkerung und auch der Jugend interpretiert, als ob die Schmidt-Regierung eine linke Politik gemacht hätte! Mit der Theorie von der „konservativen Hegemonie“ (worunter sich jeder junge Arbeiter was vorstellen kann?) wurde von der Unfähigkeit der Jusos, kritische Jugendliche zu organisieren, abgelenkt.

Die Unfähigkeit, Jugendliche zu mobilisieren, wurde schlagartig deutlich bei dem militärischen Überfall der USA auf Libyen. Obwohl die Friedensfrage seit Jahren Schwerpunkt ist bei den Jusos, waren sie in diesem Moment handlungsunfähig.

Isolierung von kritischer Jugend

Als Zehntausende von Jugendli-

chen mit der Forderung „Raus aus der Nato“ auf die Straße gingen, sahen sich die Jusos außerstande, dieser Forderung zuzustimmen. Damit laufen sie Gefahr, sich immer mehr von kritischen Jugendlichen zu isolieren.

Der Bundestagswahlkampf bietet eine enorme Chance, Jugendliche für die SPD zu mobilisieren und zu aktiven Mitgliedern zu machen.

Der Beschluß, einen „eigenständigen Wahlkampfbeitrag“ zu machen, um damit auch „neue Mitglieder und Aktive für die Jusos und die SPD“ zu werben, ist positiv. Er muß jetzt in die Praxis umgesetzt werden. Nach dem verabschiedeten Arbeitsprogramm verlangen die Jusos von der SPD „Minimalforderungen an ein reformorientiertes Wahlkampfkonzept“. Mit Ausnahme der Forderung nach Quotierung von Ausbildungsplätzen, die den Kampf um Lehrstellen in eine falsche Richtung lenkt, wären alle Forderungen ein beachtlicher Fortschritt, wenn sie verwirklicht würden.

Es wird jedoch nicht gesagt, wie diese Forderungen von einer SPD-Regierung gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden sollen. Die herrschende Meinung bei den Jusos geht davon aus, daß sich diese Minimalforderungen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft verwirklichen ließen. Gleichzeitig heißt es aber in einer Resolution des Bundeskongresses zur Bundestagswahl: „Die SPD muß im Wahlkampf deutlich machen, daß sie zur Durchsetzung ihrer Zielperspektiven harte Konflikte mit mächtigen Kapitalinteressen oder herrschenden Gesellschaftsschichten nicht scheut. Nur so kann sie als profilierte Alternative zum Rechtsblock bestehen.“

Kapitalwiderstand brechen

Die Jusos selber bleiben aber die Antwort schuldig, wie diese Konflikte geführt werden sollen. Was soll passieren, wenn die Kapitalisten mit Investitionsstreik, Sabotage und Erpressung eine künftige Reformpolitik verhindern?

Reformen stoßen in Zeiten der Krise auf den erbitterten Widerstand des Kapitals. Reformen durchsetzen bzw. absichern erfordert deshalb die Entmachtung der Großkapitalisten, die die Wirtschaft kontrollieren. Auf der Grundlage einer Wirtschaft, die basiert auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln, lassen sich noch viel weitgehendere Reformen durchsetzen als die vorgenannten Minimalforderungen.

Gerade die enormen Möglichkeiten, die eine demokratische, sozialistische Gesellschaft der Masse der Bevölkerung eröffnet, sind es, die Jugendliche begeistern können, bei den Jusos aktiv zu werden. Die Idee des Sozialismus ist es, die uns von den Grünen unterscheidet. Ohne diese Perspektive wird es schwierig sein, sich im Wahlkampf von den Grünen abzusetzen und die vielen kritischen Jugendlichen, die Grün wählen, zu überzeugen, SPD zu wählen und aktiv zu werden für eine sozialistische Veränderung der SPD.

Wir brauchen ein schlüssiges Programm, das einen Weg aus der kapitalistischen Misere in eine sozialistische Gesellschaft aufzeigt. Allein durch Minimalforderungen wird diese politische Linie nicht sichtbar.

Offensive Wahlkampagne

Der neugewählte Juso-Bundesvorstand muß dafür sorgen, daß die verabschiedeten Forderungen nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern daß Kampagnen geführt werden, die diese Forderungen in die Öffentlichkeit bringen und aufzeigen, wie man über diese Forderungen zu einer grundlegenden sozialistischen Veränderung der Gesellschaft kommt.

Denkbar wäre z.B. eine Schwerpunktampagne zum Thema Jugendarbeitslosigkeit. Daten, Fakten,

Argumentationshilfen müßten von Bundesebene allen Gliederungen zur Verfügung gestellt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit muß um einige zentrale Forderungen kreisen (garantierter Ausbildungs- und Arbeitsplatz, Mindesteinkommen), die in Pressemitteilungen, öffentlichen Veranstaltungen usw. immer wieder erläutert werden müssen. Örtliche, regionale und bundesweite Mobilisierungshöhepunkte (z.B. Veranstaltungen, Kundgebung) sind sinnvoll, um die Kampagne zielgerichtet zu gestalten und an solchen Punkten massiv in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Auf allen Ebenen der Jusos müssen Schlachtpläne ausgearbeitet werden für konkrete Aktionen. Das Schergewicht muß dabei auf Außenaktivitäten gelegt werden. Jugendliche müssen dort angesprochen werden, wo sie sich aufhalten. Wir können nicht warten, bis sie von selbst zu den Jusos kommen. Dazu sind Hausbesuche, attraktive Infostände, Veranstaltungen mit öffentlicher Mobilisierung, Straßentheater und alle möglichen Formen der Mobilisierung notwendig.

Das Potential der Jusos muß in diesem Wahlkampf voll ausgeschöpft werden. Wenn man bedenkt, daß die Jusos 30.000 aktive Mitglieder haben, ist völlig unverständlich, daß sich führende Genossen und Genossen von den Grünen oder außerparlamentarischen Bewegungen mehr Veränderung innerhalb der SPD erhoffen als durch die Nutzung dieses Potentials. Die Grünen haben nur 15.000 Mitglieder.

Es ist eine Schwäche der Führung der Jusos, wenn es nicht gelingt, mit der großen Zahl von aktiven Jusos in der SPD eine starke sozialistische Opposition aufzubauen. Dazu ist es aber auch nötig, eine Perspektive über den Wahltag hinaus anzubieten. Es muß klargemacht werden, daß ein Wahlsieg der SPD noch nicht bedeutet, daß Reformen durchgeführt werden, wie sich das die Jusos vorstellen. Das Kapital wird auf diese Regierung Druck ausüben, und es gibt keine Anzeichen dafür, daß die SPD-Führung diesem Druck widerstehen wird. Dies wird wieder zu Enttäuschung bei den SPD-Wählern und Mitgliedern führen. Aufgabe der Jusos ist es dann, deutlich zu machen, daß das kein Grund zur Resignation ist, sondern ein Grund, offensiv für eine sozialistische Politik zu kämpfen. Es darf nicht mehr dazu kommen, daß sich dasselbe wiederholt wie nach 1972, als ganze Juso-AGen zusammengebrochen sind und viele die Jusos und die SPD aus Enttäuschung und Perspektivlosigkeit verlassen haben.

Die Chancen für den Aufbau eines starken sozialistischen Jugendverbandes sind hervorragend. Jetzt müssen sie genutzt werden.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin

So geht's nicht!

geben, trotz des Beschlusses der letzten Kreisvollversammlung. Wir verlangen, daß der Kreisvorstand der Jusos Altona die vorliegenden Artikel in der nächsten Juso Altona veröffentlicht. Wir lehnen auch den undemokratischen Beschluß, die Zeitung VORAN auf Infotischen und Veranstaltungen nicht zu verkaufen, ab.

Wir halten es für das legitime Recht aller Tendenzen und Strömungen, ihre Ideen und Publikationen in der Öffentlichkeit zu vertreten und ihre Materialien auf Juso-Veranstaltungen und Info-Tischen auszuliegen und zu verkaufen.

Diese Resolution wurde auch der darauffolgenden Kreisvollversammlung vorgelegt und mit 13 zu 7 Stimmen angenommen.

Sue Powell, Hamburg
Jungsozialistin

Buch Ein bewegtes Leben

Karl Retzlaw, Jahrgang 1896, stellt in seiner persönlichen Geschichte schwerpunktmäßig die Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg innerhalb der Arbeiterbewegung dar.

Durch die Kindheits- und Jugenderlebnisse in einer Kleinstadt gesellschaftskritisch geworden, stößt er als Jungarbeiter in Berlin zur Arbeiterbewegung. Während des Ersten Weltkriegs arbeitet er dort in einem Jugendbildungsverein mit und kommt durch die kriegs- und kapitalkonforme Politik der Sozialdemokratie sehr schnell in Kontakt mit dem kleinen Spartacusbund von Luxemburg und Liebknecht, die in dieser Zeit als einzige das Banner des Marxismus hochhielten.

Gegen Ende des Krieges und während der Novemberrevolution organisiert Retzlaw wichtige Kurierdienste für die Spartacus-Genossen. Interessant sind seine Schilderungen der Begegnungen mit Leo Jogiches, dem hervorragenden Organisator des Spartacusbundes, und mit Rosa Luxemburg.

Retzlaw beschreibt sachlich die Stimmung während des Krieges und der Revolution in den Betrieben, in

denen er zu dieser Zeit gearbeitet hat. Spannend und lehrreich sind die Darstellung der „Vorwärts“-Besetzung und seiner Beteiligung als Kopolizepräsident und Volkskommissar des Inneren in der Münchener Räterepublik und seiner leitenden Funktion innerhalb des illegalen Apparates der KPD.

Weiter werden die Schwächen und Fehler der jungen KPD aufgezeigt: Die Führungswechsel, fehlendes marxistisches Bewußtsein, verpaßte Revolutionsmöglichkeiten.

Der durch die Revolutionsbeteiligung lange Jahre in der Illegalität lebende Retzlaw kommt mit der zunehmenden Stalinisierung der KPD in Opposition zur offiziellen Linie des Zentralkomitees. Bald darauf beginnt er mit der Organisation der „Linken Opposition“.

Retzlaw beschreibt außerdem seine Reisen nach Moskau, seine Begegnung mit Leo Trotzki dort und später im Exil. Desweiteren seine Begegnungen mit Leo Sedow, Trotzki Sohn, seine Auseinandersetzungen mit ihm, Hitlers Aufstieg und die Unfähigkeit der Kommunistischen Internationale, eine korrekte Politik gegen Nazis und gegenüber

der SPD zu entwickeln.

Nach 1933 arbeitete er in dem unter Völkerbund-Kontrolle stehenden Saarland, hielt weiter seine Verbindungen zur trotzkistischen Bewegung und flüchtete schließlich vor den Nazis. Sehr kritisch sollte man den Abschnitt über seine anti-faschistische Arbeit in England lesen, wo er sich meiner Meinung nach zu sehr mit bürgerlichen Kräften einließ.

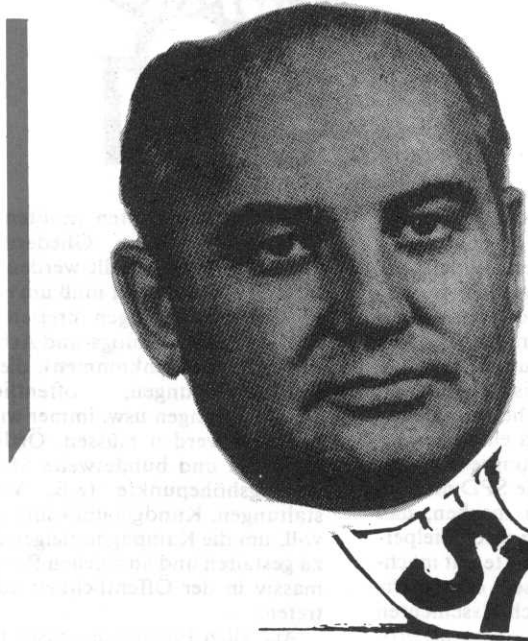
Den Schluß seiner Memoiren bildet die Darstellung seiner Arbeit im Saargebiet nach Beendigung des zweiten Weltkriegs innerhalb der SPD und eine Bilanz des Erlebten. Leider bleibt eine Schilderung der weiteren Entwicklung des deutschen Trotzkismus aus, was sicherlich für heute äußerst wertvoll wäre.

Karl Retzlaws Buch ist, insgesamt gesehen, sehr zu empfehlen. Es sollte aber mit einer gewissen Dosis Kritik genossen werden.

Karl Retzlaw, Spartacus. Aufstieg und Niedergang
Verlag Neue Kritik, 34 DM.
Zu beziehen über die Redaktion VORAN.

Christoph Laub, Essen
Mitglied der SPD und der IG Metall

Die neuen Reformversuche in Keine Wunder



Seit März 1985 ist Gorbatschow Regierungschef in der Sowjetunion. Seine Politik hat im Westen allerhand Spekulationen ausgelöst. Insbesondere seine Erklärungen auf dem 27. Parteitag der sogenannten Kommunistischen Partei und seine Versuche, mit den USA Abrüstungsvereinbarungen zu treffen, sind Stoff der Diskussion.

Die Politik Gorbatschows ist ein verzweifelter Versuch, eine politische Revolution zu verhindern. In Wirklichkeit wird seine Politik genau das Gegenteil bewirken. Die Opposition im Land wird wachsen, und große soziale Explosionen stehen bevor. Die ganze Geschichte der Sowjetunion zeigt, daß ein Wechsel der Spitzenfunktionäre und eine geänderte Politik höchstens kurzfristig zu Erfolgen führt, langfristig die Probleme jedoch verschärft.

Die Ära Gorbatschow wird die instabilerste Periode in der Sowjetunion sein. Sechzig Jahre lang hatte die Bürokratie das Sagen in der UdSSR. Jetzt fangen die Arbeiter an, die politische Bühne wieder zu betreten. Streiks in großen Industriebetrieben in den letzten Jahren waren die ersten Anzeichen dafür.

Durch die Oktoberrevolution 1917 wurde in Rußland die Macht der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zerschlagen. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatensowjets bildeten damals das demokratischste Regierungssystem, das jemals existierte.

Die besonderen Bedingungen eines enorm rückständigen Landes und das Ausbleiben des Sieges der Revolutionen in den hochentwickelten Industriestaaten Westeuropas nach dem 1. Weltkrieg führten zu einem ungeheuren Druck aller Elemente der alten Gesellschaft auf die junge Arbeiterdemokratie. Die durch Krieg und Bürgerkrieg geschwächte Arbeiterklasse Rußlands konnte diesem Druck nicht lange standhalten. Es kam zu einer Bürokratisierung von Staat und bolschewistischer Partei und schließlich zu einer vollständigen politischen Konterrevolution in Form der Stalin-Diktatur.

Deformierter Arbeiterstaat

Trotzki charakterisierte die Sowjetunion damals als „entarteten oder deformierten Arbeiterstaat“. Sie ist ein Arbeiterstaat, weil Staatseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft die Basis der Gesellschaft bilden und dadurch das historische Interesse der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt. Entartet oder deformiert ist dieser Arbeiterstaat deshalb, weil seit Stalin die Bürokratie den Staat unter ihrer Kontrolle hat und den Vorteil des Staatseigentums an Produktionsmitteln und der Planwirtschaft in erster Linie für sich und auf dem Rücken der Arbeiter ausbeutet.

Es war gerade das Staatseigentum an Produktionsmitteln, das Rußland mit Riesenschritten aus der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit herausführte und zur zweitgrößten Industrienation der Welt werden ließ. Dieser Fortschritt war nicht möglich wegen, sondern trotz der Bürokratie. Privilegien, Mißwirtschaft und Korruption waren immer eine Bremse für die Entwicklung. Doch am Anfang der Entwicklung, als es darum ging, Rußland aus einem Agrarland in einen In-

dustriestaat zu verwandeln durch Aneignung und Nachahmung der Technologie in den westlichen kapitalistischen Staaten, führten das Ersticken von Initiative und Schaffensdrang sowie die Mißwirtschaft allenfalls zur Verlangsamung des möglichen wirtschaftlichen Fortschritts. Trotz Bürokratie und trotz Terror konnten aber mit Hilfe der Planwirtschaft Wachstumsraten erreicht werden, wie sie unter krisengeschüttelten kapitalistischen Verhältnissen unmöglich sind. Es war dieser Fortschritt in der Produktivkraftentwicklung, der die jahrzehntelange politische Machterhaltung der Bürokratie ermöglichte.

Bürokratie verhindert Entwicklung

Der Zweite Weltkrieg zeigte, daß die Massen in der Sowjetunion den wirtschaftlichen Fortschritt, der im Vergleich zur Zeit vor 1917 erreicht worden war, gegen den Hitler-Faschismus verteidigten — trotz Stalin-Diktatur. Die imperialistischen Westmächte mußten erkennen, daß sich Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung in soziale Kraft verwandeln, in Widerstandskraft gegen die Invasion der Nazi-Truppen.

Während so die Bürokratie im Vergleich zu den kapitalistischen Systemen in der Vergangenheit eine relativ fortschrittliche Rolle spielte, ist sie jetzt zu einer absoluten Bremse geworden.

Die Überwindung der primitiven Wirtschaft und die Industrialisierung Rußlands schufen eine vielschichtige, technisch komplizierte Wirtschaft. Aber je mehr sich die Wirtschaft entwickelte, desto stärker geriet sie in Widerspruch zu der immer gigantischer werdenden Bürokratie. Eine hochentwickelte Industrie kann nicht mehr weiterentwickelt werden mit Befehlen, Direktiven und Plänen vom grünen Tisch. Eine geplante moderne Wirtschaft benötigt die direkte Teilnahme und Kontrolle der Masse der Arbeiter, sonst wird sie sogar weniger effektiv als die kapitalistische Wirtschaft.

In der kapitalistischen Wirtschaft wird die Effektivität der Produktion auf völlig verschwenderische Weise über den Konkurrenzkampf am Markt kontrolliert. In einer Planwirtschaft kann diese Verschwendung gestoppt werden, aber nur dann, wenn es eine Arbeiterdemokratie gibt. Planwirtschaft benötigt Demokratie wie der

Körper den Sauerstoff. Wenn eine abgehobene Kaste von Bürokraten Staat und Wirtschaft in ihren Krallen hat, gibt es keine Kontrolle. Die Folge ist: Fehlplanung, Mißwirtschaft, Korruption, Schiebertum.

50% der Produktion in der Sowjetunion werden heute verschwendet durch Mißwirtschaft, Ineffektivität und Korruption. Mit gleicher Maschinenausstattung wie die USA ist der Ausstoß nur 60-70% so hoch wie in den USA. Die Wachstumsraten in der Sowjetunion sinken laufend.

Dezentralisierung

In den letzten 20-30 Jahren wurden von der Bürokratie unzählige Versuche unternommen, die von ihr verursachten Probleme in den Griff zu bekommen. Das führt z.B. zu einer ständigen Zick-Zack-Politik von Zentralisierung, Dezentralisierung und Rezentralisierung.

Wenn der zentralisierte Staatsapparat die Wirtschaft zu ersticken droht, geht man in der Sowjetunion immer wieder zu Dezentralisierung über. Den regionalen Bürokraten und Managern der Betriebe wird mehr Autonomie eingeräumt. Das Ergebnis ist jedesmal, daß sich die regionale bzw. mittlere Bürokratie aufbläht zu einer Miniaturausgabe der alten zentralen Bürokratie und ebenfalls zu einer Bremse für die

verschiedenen Bereichen gibt es ständig Probleme und Ungleichgewichte zwischen Landwirtschaft und Industrie einerseits sowie Konsumgüter- und Investitionsgüterindustrie andererseits.

Ein Wechsel in dieser Zick-Zack-Politik wurde in der Regel ausgelöst durch den Amtsantritt eines neuen Regierungschefs, nachdem der alte gestorben war. Die Reformen Gorbatschows sind nichts anderes als eine Neuauflage verschiedener Elemente früherer Politik. Es ist die Reaktion der Bürokratie auf die katastrophale wirtschaftliche Lage seit Beginn der 80er Jahre und den steigenden Unmut in der Bevölkerung.

Gorbatschow will Unmut auffangen

Viele Spitzenfunktionäre, die noch an der alten starren zentralistischen Politik Breschnews festhielten, wurden kurzerhand entlassen, um den Weg für eine erneute Dezentralisierung freizumachen. Diese Dezentralisierung wurde mit der Abspeckung der Obersten Planungsbehörden begonnen. Allein in Moskau wurden durch Auflösung und Reduzierung bei den 70 Allunionsministern 20.000 Funktionäre freigesetzt, die nun mit ihrer Versetzung in die Provinz rechnen müssen.

gen sollen durch Einführung westlicher Technologie und verstärkte Investitionen im Maschinenbau modernisiert werden. Durch Abrüstungsverhandlungen soll außerdem die hohe Last der Rüstungsausgaben verringert werden.

Diese Maßnahmen werden von Gorbatschow als „scharfe Wende zur Intensivierung der Produktion“ ausgegeben, wodurch eine „Beschleunigung der sozioökonomischen Entwicklung des Landes“ erreicht werden soll. Das Produktionspotential soll bis zum Jahr 2000 verdoppelt werden und die Arbeitsproduktivität um das 2,5-fache steigen.

Politische Revolution

Bereits jetzt zeigen sich die Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Politik. Das System der Abschläge für Betriebe mit niedriger und schlechter Produktion funktioniert nicht, weil das Management die Schuld auf die Lieferung von schlechtem Rohmaterial, mangelnden Ersatzteilen oder nicht erhaltenen Maschinen oder sogar auf schlechte klimatische Verhältnisse abschiebt. Um diesen Streit zu klären, ist bereits wieder eine neue bürokratische Instanz nötig, die, wie alle anderen auch, bestechlich ist. Auch läßt sich die Frustration und die Wut der Arbeiter über ihre Lebensbedingungen



Viel Selbstkritik war zu hören auf dem 27. Parteitag der KPdSU. Jedoch wird die Bürokratie die Probleme nicht lösen können.



Nur durch eine demokratisch kontrollierte Planung können die Probleme der gesamten Wirtschaft gelöst werden.

wirtschaftliche Entwicklung wird

Dann folgt wieder eine Periode, in der von oben die mittlere und regionale Bürokratie für ihre Auswüchse attackiert wird. Es kommt zu Entlassungen, Verhaftungen und sogar zu Erschießungen von einzelnen Funktionären. Dadurch wird dann wieder die übergeordnete Instanz und die Zentrale gestärkt, die dann weiter anschwimmt. Diese Politik wird begleitet von abwechselnd mehr oder weniger Öffnung gegenüber dem Weltmarkt und der Zulassung von mehr oder weniger Markt, privater Produktion und Handel. Durch wechselnde Schwerpunktverlagerung der Investitionen in

Um den Unmut der Bevölkerung über die schlechte Versorgungslage zu dämpfen, soll die Konsumgüterproduktion angekurbelt werden. Dies soll durch die Zulassung von mehr privater Produktion und privatem Handel in diesem Bereich erreicht werden. Außerdem wurde bezüglich Quantität und Qualität ein System von Anreiz und Strafe geschaffen. Bei hoher und guter Produktion gibt es Zuschläge, bei niedriger und schlechter Produktion Abschläge für die einzelnen Betriebe. Durch ein Alkoholverbot soll die Motivation der Arbeiter verbessert werden.

Die überalterten Produktionsanla-

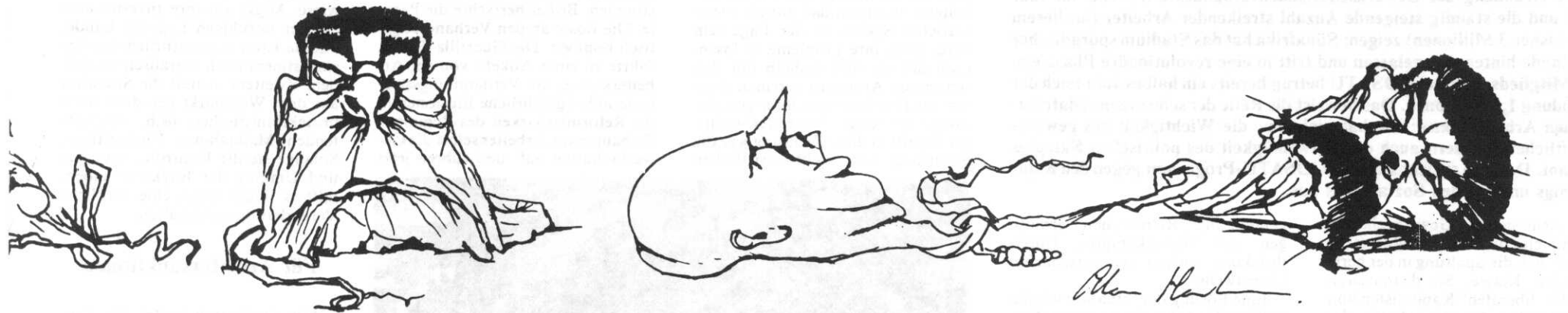
nicht durch ein Alkoholverbot beseitigen.

Das Importprogramm für neue Technologie muß mit Devisen finanziert werden. Devisen erhält die Sowjetunion aber hauptsächlich durch den Export von Erdöl und Erdgas. Und wegen der sinkenden Ölpreise sinken die Deviseneinnahmen beträchtlich. Gleichzeitig steigen aber die Förderkosten für Energie und Rohstoffe, weil jetzt die Quellen im eisigen Sibirien genutzt werden müssen.

Gorbatschows Versuche, die politischen Machtverhältnisse zu stabilisieren, sind zum Scheitern verurteilt. Die Bürokratie kann die Gesellschaft nicht

der Sowjetunion

durch Gorbatschow



mehr weiterentwickeln. Sie selbst ist das Hindernis für den Fortschritt, denkt jedoch nicht daran, ihre Position freiwillig zu räumen.

Durch die Industrialisierung des Landes hat sich die russische Bürokratie jedoch ihren eigenen Totengräber geschaffen: Die Arbeiterklasse. Die russische Arbeiterklasse ist heute so stark wie noch nie zuvor in der Geschichte, sowohl zahlenmäßig als auch bezüglich ihres kulturellen und politischen Niveaus.

Wenn sich die russische Arbeiterklasse in den nächsten Jahren erhebt, wird die Bürokratie völlig in der Luft hängen. Wie in Ungarn 1956 werden die Arbeiter an der Tradition der bolschewistischen Partei zur Zeit Lenins anknüpfen. Die Machtorgane der Bürokratie (Polizei, Armee, Geheimdienst) werden zerschlagen werden. Die Arbeiter werden freie Gewerkschaften aufbauen, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit einführen für alle politischen und sonstigen Gruppierungen und eine Arbeiterdemokratie aufbauen mit den von Lenin begründeten Prinzipien:

- Wahl- und Abwählbarkeit aller Vorgesetzten und Funktionäre.
- Begrenzung des Lohnes aller Funktionäre auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Keine stehende Armee, sondern ein bewaffnetes Volk, d.h. demokratisch



lassen sich die Versorgungsschwierigkeiten weiterentwickeln, zum Nutzen aller.

aufgebaute Arbeitermilizen. Eine Erhebung der russischen Arbeiterklasse wird noch viel größere Auswirkungen auf den ganzen Ostblock haben als der Aufstand in Ungarn 1956 oder die Ereignisse in Polen 1980/81. Aber im Gegensatz zu Ungarn 1956, wo der Aufstand mit Hilfe russischer Panzer im Blut erstickt wurde, werden sich die russischen Soldaten dann weigern, die herrschende Schmatzerclique gegen eine politische Revolution ihrer Brüder und Schwestern, Väter und Mütter zu verteidigen.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin

Jugoslawien vor der politischen Revolution

Jugoslawien ist eines der krassesten Beispiele für bürokratische Mißwirtschaft. Weit davon entfernt, ein von den Arbeitern selbst verwalteter Staat zu sein, sank im Gegenteil der Lebensstandard der Arbeiter in den letzten Jahren immer weiter ab. Die herrschende Clique muß sich mit solchen Sorgen nicht plagen:

Schon zu Titos Zeiten, Ende der 70er Jahre, wurden Maßnahmen gegen die Neureichen, die „180 Millionäre“, beschlossen, weil sie ihren Reichtum allzu auffällig zur Schau stellten. Nach Titos Tode entbrannte zwischen seinen Angehörigen ein Streit um das Erbe: Ebenfalls ein Millionenvermögen, Häuser, Yachten, eigene Plantagen, Inseln...

Die Bürokratie ist nicht mehr in der Lage, die Wachstumsraten früherer Jahrzehnte zu erzielen, geschweige denn, die Möglichkeiten einer Planwirtschaft voll zu entfalten. Im Fünfjahresplan 1980-85 betrug die durchschnittliche Zuwachsrate des Sozialprodukts jährlich nur noch 0,8%. Die Produktivität im verstaatlichten Sektor sank sogar im selben Zeitraum um 1,5%.

Wirtschaftskrise

Dies ist Ausdruck einer ausgesprochen krisenhaften Wirtschaftslage, wie sie eigentlich nur in der kapitalistischen Marktwirtschaft anzutreffen ist: Die Inflationsrate betrug 1985 90%. Wie die jugoslawische Zeitschrift „Politika“ feststellte, lagen die Preise für Konsumgüter im Mai 1986 um 121% höher als im Mai des Vorjahres.

Schätzungen über Arbeitslosigkeit gehen in die Million, wobei die Zahl der im westlichen Ausland beschäftigten Gastarbeiter darin noch nicht berücksichtigt ist. Deshalb und wegen der chronischen Devisenknappheit wird der sogenannte „Kauf-dir-einen-Arbeitsplatz“-Paragraph zur Zeit heftig diskutiert. Er sieht vor, daß Privatpersonen mit Ersparnissen in harter Währung ihr Geld in staatliche jugoslawische Firmen investieren können. Mit diesem Geld sollen Arbeitsplätze geschaffen werden, auf die die Geldgeber oder ihre engsten Angehörigen dann einen Anspruch haben. Kann es eine größere Bankrotterklärung geben? In einer angeblich sozialistischen Gesellschaft (die ja der kapitalistischen überlegen sein sollte), müssen sich die angeblich Herrschenden, die Arbeiter, ihren Arbeitsplatz kaufen, um nicht arbeitslos zu werden und um dem Staat aus seiner Schulden- und Devisen-

klemme zu helfen!

Mit 54 Milliarden DM Auslandsschulden hat Jugoslawien eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als selbst Polen. Die Exportquote beträgt 25% vom Sozialprodukt. Davon macht der Handel mit westlichen Ländern (vor allem Iran, Irak, Libyen, Algerien, Ägypten) einen großen Teil aus. Es besteht also eine für Ostblockstaaten relativ enge Verquickung mit dem kapitalistischen Weltmarkt; entsprechend groß ist die Gefahr der „Ansteckung“ mit den kapitalistischen Übeln Inflation, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung. Die Zulassung marktwirtschaftlicher Elemente im Innern und die Duldung einer gewissen Konkurrenz zwischen Betrieben tun ein Übriges.

Auch wenn die Erscheinungsformen der jugoslawischen Wirtschaftskrise (Arbeitslosigkeit, Inflation usw.) denen im Westen ähneln, so sind die Ursachen doch unterschiedlich. Es handelt sich hier nicht um Überproduktionskrisen wie im Westen, wo, bedingt durch die blinden Kräfte der Konkurrenz, riesige Überkapazitäten aufgebaut werden und der mögliche Produktionsausstoß mangels kaufkräftiger Nachfrage gar nicht abgesetzt werden kann.

In allen deformierten Arbeiterstaaten herrscht vielmehr im Gegenteil eine beträchtliche Unterversorgung in vielen Bereichen; die Produktion kann mit den Konsumbedürfnissen nicht Schritt halten. Die Ursache liegt hier in der Existenz der stalinistischen Bürokratie selbst, die als privilegierte Schicht ein Interesse an der Erhaltung ihrer Kommandogewalt hat. Doch die Produktionsfaktoren in einer entwickelten Industriegesellschaft lassen sich nicht per Kommando zusammenführen.

Ursachen

Die Bürokratie kann die Wirtschaft nicht harmonisch planen, weil jede Rückkoppelung von unten fehlt. Auch in Jugoslawien gibt es mit der sogenannten Selbstverwaltung nur einige Mitspracherechte der Arbeiter auf den unteren Ebenen, die jedoch nichts an der zentralen Rolle und Entscheidungsgewalt der Partei- und Staatsbürokratie ändern.

Die Wirtschaftskrise dort ist eine Krise des bürokratischen Systems. In Jugoslawien kommt verschärfend hinzu, daß die Bürokratie hier durch Öffnung zum Weltmarkt, Dezentralisierung, marktwirtschaftliche Elemente

u.ä. einen „goldenen Mittelweg“ zu gehen glaubte. Aber tatsächlich kombiniert sie damit nur die Übel der stalinistischen Befehlswirtschaft mit denen der kapitalistischen Anarchie.

Mit der neuen Wirtschaftsgesetzgebung ist seit Ende 85 die zentrale Planung verstärkt worden; Unternehmen sollen gemeinsam planen, Pläne der Regionen und Provinzen sollen aufeinander abgestimmt sein; der individuelle Zugang zu den Devisenmärkten wird erschwert. Doch auch diese Straffung der Planung wird keine Erleichterung bringen. Jugoslawien wird die gleiche Erfahrung machen wie die UdSSR, wo zur selben Zeit die zentralen Planungsbehörden beschränkt und die Entscheidungsbefugnisse wieder stärker dezentralisiert werden (siehe nebenstehender Artikel).

Politische Krise

Die von der Bürokratie verursachte Wirtschaftskrise hat im Land zu Unruhe und Unzufriedenheit geführt, die sich zu einer politischen Krise zusammengebraut haben.

Obwohl es in Jugoslawien kein verbrieftes Streikrecht gibt, hat die Zahl der Streiks in den letzten Jahren doch ständig zugenommen. Wie das Zagreber Wochenmagazin „Start“ berichtete, gab es im Jahr 1982 170 Streiks, 1983 legten die Arbeiter in 313 und 1984 in 365 Konfliktfällen die Arbeit nieder. Die Streikdauer schwankt von mehrstündigen Arbeitsniederlegungen bis zu mehrwöchigen Auseinandersetzungen, wie zum Beispiel in dem Fall der Streiks im Textilkombinat „Idlila“ in Kratovo, wo die Arbeiter 45 Tage im Ausstand blieben. 1985 soll es nach Schätzungen rund 480 Streiks gegeben haben. Streikschwerpunkt ist die reichste Republik Slowenien, wo auch die Löhne im letzten Jahr am meisten anzogen.

Ein weiterer Krisenfaktor ist die nationale Frage in dem Vielvölkerstaat Jugoslawien. Auch hier hat sich die engstirnige und nationalistische Bürokratie als völlig unfähig erwiesen, diese Frage durch harmonische und gleichmäßige Entwicklung aller Landesteile und durch Sensibilität gegenüber den kleineren Nationalitäten zu lösen. Es gibt ein deutliches Gefälle im Land zwischen reichen und armen Provinzen (vor allem Montenegro, Kosovo, Mazedonien). Die Unruhen im „Armenhaus“ Kosovo 1981, als über die vor allem von Albanern bewohnte Provinz der Ausnahmezustand verhängt wur-



Der „jugoslawische Sozialismus“ macht's möglich: Aufstieg vom Partisan zum Multimillionär — allerdings nur für Tito.

de, zeigen die Explosivität der Lage. Seitdem sind fast 600 angebliche „Konterrevolutionäre“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Die Ausweglosigkeit der Lage und die zunehmende Opposition hat auch zu Reibungen und Spaltungen in der Bürokratie geführt: Rivalitäten zwischen den nationalen Bürokratien über den Anteil am Gesamteinkommen, Auseinandersetzungen zwischen „Liberalen“ und „Hardlinern“ über den Umgang mit der Opposition.

Perspektiven

Die unteren Funktionärsschichten spüren die Stimmung im Land deutlich. So hat die Jugendorganisation der slowenischen KP im Mai 86 beschlossen: „Wir fordern den Ausstieg aus der Atomenergie, das Recht auf Wehrdienstverweigerung und den Ausbau des Streikrechts.“

Doch wie immer die Bürokratie sich auch dreht und wendet — ob sie Zugeständnisse macht, kritische Stimmen halblegal zuläßt, ob sie gewaltsam durchgreift oder Zuckerbrot und Peitsche kombiniert — sie kann die Probleme nicht lösen, denn sie kann sich selbst nicht wegformieren.

Schon bald werden die jugoslawischen Arbeiter den Weg der politischen Revolution beschreiten müssen, wie vor ihnen schon die ungarischen, polnischen und tschechischen Arbeiter. Sie werden für die Abschaffung jeglicher Privilegien und bürokratischer Strukturen kämpfen, für den Aufbau echter Räte und einer sozialistischen Demokratie.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Südafrikas Alternative: Rassenkrieg oder Sozialismus

Die Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU im Jahr 1985 und die ständig steigende Anzahl streikender Arbeiter (in diesem Jahr bisher 3 Millionen) zeigen: Südafrika hat das Stadium sporadischer Aufstände hinter sich gelassen und tritt in eine revolutionäre Phase ein. Die Mitgliedschaft bei COSATU betrug bereits ein halbes Jahr nach der Gründung 1,3 Millionen. Das beweist die Reife der schwarzen südafrikanischen Arbeiterklasse: Sie hat nicht nur die Wichtigkeit des gewerkschaftlichen, sondern auch die Notwendigkeit des politischen Kampfes erkannt. Deshalb spricht sich das COSATU-Programm gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus aus.

Je mehr sich die Gewerkschaften zusammenschließen, desto mehr vertieft sich die Spaltung in der herrschenden Klasse. So distanzieren sich die „liberalen“ Kapitalisten von der brutalen Unterdrückung der schwarzen Mehrheit (erst jetzt! Wo waren sie denn in den letzten 20 Jahren?) und lehnen alle Verantwortung für die Botha-Regierung ab. Sie sehen die hoffnungslose Lage des Apartheid-Systems, wenn es mit einer entschlossenen schwarzen Arbeiterklasse konfrontiert wird, und hoffen durch einige Reformen und den Dialog mit dem ANC (African National Congress) ihre Herrschaft zu retten. Ihr „Liberalismus“ geht jedoch nur so weit, wie es ihre Klasseninteressen erlauben — und das kann nicht weit sein. Das allgemeine Wahlrecht und ein menschenwürdiger Lohn für alle sind unter kapitalistischen Bedingungen in Südafrika nicht möglich.

Dem reaktionären Teil des rechten Lagers ist deshalb jede Reform zu viel. Sie fordern ein noch schärferes Durchgreifen des Staatsapparates. Die Botha-Regierung versucht, zwischen diesen beiden Positionen zu manövrieren. Egal, was Botha auch versucht: Er kann nicht beide Seiten zufriedenstellen.

Weder Zuckerbrot noch Peitsche erreichen ihr Ziel, die südafrikanischen Arbeiter zu beruhigen. Im Ge-

genteil: die „Reförmchen“ ermutigen zum Weiterkämpfen, Unterdrückung zwingt zu verschärfter Gegenwehr.

Eine Lösung der Situation wie damals in Zimbabwe ist nicht möglich, denn zwischen Südafrika und dem damaligen Rhodesien gibt es große Unterschiede. In Zimbabwe war das Verhältnis schwarz zu weiß 20:1, in Südafrika aber beträgt es nur 4:1. Die südafrikanischen Weißen werden kämpfen: Sie haben die Gewehre, Panzer und Flugzeuge — und viele Privilegien zu verlieren. Man schätzt, daß die faschistische Bewegung 60.000 bis 80.000 Mitglieder hat. Ihre Wurzeln liegen in der Armee und der Polizei.

Krise trifft auch die weißen Arbeiter

Nicht alle Weißen in Südafrika leben in Luxus: Suppenküchen tauchen wieder auf. In einem Land, wo die Schwarzen so arm sind, kann man nur noch Kürzungen bei den Weißen durchführen. Die weiße Arbeiterklasse hat Angst, daß sie die Rechnung für die Krise des Kapitalismus in Südafrika und die Reformen bezahlen muß. 1985 stieg die Arbeitslosigkeit unter der weißen und indischen Bevölkerung um 130% an; im öffentlichen Dienst gab

es schon Kürzungen, die insgesamt 75.000 Arbeitsplätze betrafen.

Diese Angst der weißen Arbeiter vor dem Verlust ihrer Privilegien und jetzt selbst ihres Arbeitsplatzes treibt rückständige Schichten von ihnen in die Reihen der Faschisten. Für den erfolgreichen Kampf ist es jetzt lebenswichtig, den weißen Arbeitern zu zeigen, daß nur ein sozialistisches System in der Lage sein wird, auch ihre Probleme zu lösen, und daß sie sich deshalb mit den schwarzen Arbeitern vereinen müssen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Interessen. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung war die Schaffung von nicht-rassistischen



Der erste Schritt ist getan. Trotz enormer Widerstände wurde mit großem Enthusiasmus der Gewerkschaftsdachverband COSATU gegründet. In den Händen der südafrikanischen Arbeiter liegt die Befreiung des südlichen Afrika.

Gewerkschaften.

Nur wenn es gelingt, die weiße Arbeiterklasse davon zu überzeugen, kann eine schwarze Regierung an die Macht kommen. In Anbetracht der Verquickung von Apartheid und Kapitalismus wird sie unter dem enormen Druck der Arbeiter sofort sozialistische Maßnahmen ergreifen müssen.

Die andere Perspektive ist ein mörderischer Bürgerkrieg zwischen den Rassen, den die Schwarzen mangels Bewaffnung kaum gewinnen könnten. In Südafrika ist daher kein Raum für ein bürgerliches schwarzes Regime. Es gibt nur die Alternative: Sozialismus oder Rassenkrieg.

Aufzuzeigen, daß es sich bei den Problemen in Südafrika um Klassen- und nicht um Rassenfragen handelt, ist eine der wichtigsten Aufgaben des ANC. Er hat die Loyalität der großen Mehrheit der schwarzen Arbeiter. Aus diesem Grund wird die Politik des ANC den Verlauf der südafrikanischen Revolution bestimmen. Bisher herrschte die Parole: Die Bosse an den Verhandlungstisch bomben. Die Guerrilla-Taktik führte zu einer Abkehr von der Arbeiterklasse; die Verhandlungsstrategie nährt gefährliche Illusionen in die Reformierbarkeit des Regimes. So bauten die Arbeiter selbst die Gewerkschaften auf, und führen jetzt

führung einer demokratischen Planwirtschaft, also ein sozialistisches Programm.

Das Hauptproblem des internationalen Kapitals im Augenblick ist: Wie retten wir am besten den Kapitalismus im südlichen Afrika? In diesem Zusammenhang steht die Frage des Wirtschaftsboykotts. Auch viele Linke sehen in Sanktionen den Schlüssel zur Lösung der Probleme in Südafrika. Was sie jedoch nicht beachten: Das internationale Kapital kann das System nicht stürzen, sie wollen es auch gar nicht. Sanktionen kommen kommen ihnen jetzt ganz gelegen: Erstens haben sie so wieso Angst um ihre Investitionen bei der unruhigen Lage im Lande, und da kann man natürlich das Desinvestment auch moralisch verkleiden. Zweitens schreit die Situation auf dem Weltmarkt geradezu nach protektionistischen (d.h. abschottenden) Maßnahmen. Und drittens: Solange sie die Kontrolle über Art und Umfang der Boykotte haben, hilft es ihnen sogar, eine wirkliche Veränderung aufzuhalten.

Für Arbeitersanktionen

Für Sozialisten lautet das Problem: Wie unterstützen wir die Befreiung der Arbeiterklasse im südlichen Afrika? Daß die westlichen Regierungen überhaupt über Boykott reden, geschieht nur aufgrund der Kampfbereitschaft und der politischen Reife der südafrikanischen Arbeiterklasse. Diese müssen wir direkt unterstützen, z.B. durch direkte Verbindungen zwischen DGB und COSATU und zwischen den Einzelgewerkschaften. Aber auch Patenschaften zwischen Belegschaften (viele deutsche Firmen haben Niederlassungen in Südafrika); Boykott gegen Güter und Aufträge aus/für Südafrika in den Betrieben. Die Arbeiter müssen die Kontrolle über die Sanktionen haben!

Es gibt keine Kraft auf dieser Erde, die die südafrikanische Arbeiterklasse stoppen kann. Was fehlt, ist eine konsequente politische Führung seitens des ANC: Wenn sie aufgebaut ist, ist der größte Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in ganz Afrika getan.

Stuart Garvie, Köln
Jungsozialist



Allende-Transparent in Santiago: Symbol für sozialistische Ideen.

wartet, die auf Pinochet warten. Und Pinochet will nicht gehen.

Dieses „Kriechen“ vor den „demokratischen“ Kapitalisten und den „liberalen“ Offizieren entwarfnete die Arbeiter, politisch und buchstäblich, schon damals, am Vorabend des Putsches, und verhindert heute ihre Selbstbefreiung.

Bis vor kurzem war das Programm der SP- und KP-Führer für eine provisorische Regierung mit den kapitalistischen Parteien und „ein gemeinsames Minimalprogramm, um gemeinsam die Aufgaben der ersten Periode nach dem Sturz Pinochets zu lösen“. Jetzt sind sie weiter nach rechts gegangen und würden sogar ein Militärregime ohne Pinochet akzeptieren.

In Wirklichkeit ist gar keine Regierung in der Lage, auf einer kapitalistischen Basis die Aufgaben zu lösen. Die Bodenreform der letzten CD-Regierung konnte die Bauern nicht zufriedenstellen. Die Kapitalisten fanden die Reformen Allendes unerträglich. Nur ein sozialistisches Programm und eine Arbeiterdemokratie können die Probleme lösen.

Brent Kennedy, Hamburg
Jungsozialist



Internationale Notizen

Libanon. Christliche und moslemische Arbeiter folgten dem Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes „Allgemeiner Arbeiterbund“ und legten in einem Generalstreik das öffentliche Leben lahm. Der Streik richtete sich gegen den Bürgerkrieg und die wirtschaftliche Not. Das war das erste Mal seit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 1975, daß sich die verfeindeten Gruppen zu einer gemeinsamen Protestaktion zusammengeschlossen haben. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1986 sind die Lebensmittelpreise um durchschnittlich 68,5% gestiegen, und 50% der arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos. (3.7.86)

Portugal. Die Bankangestellten streikten zur Unterstützung ihrer Forderung von 18% mehr Lohn. (11.7.86)

Ägypten. Streiks sind zwar verboten, aber mit einer sich verschärfenden wirtschaftlichen Rezession stieg auch die Unruhe unter den Arbeitern. So streikten zuletzt die Eisenbahner in Kairo um höhere Löhne. Militär wurde eingesetzt, um diesen Streik zu brechen. (9.7.86)

Norwegen. Ein Streik der Arbeiter des staatlichen Wein und Likör-Monopols legte das Land „trocken“. Die Arbeiter kämpften um 10,2% mehr Lohn. (8.7.86)

Bangladesch. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums des Landes sind ca. eine Million Kinder unter 6 Jahren blind, weil sie nicht genug Vitamin A erhalten. (9.7.86)

Frankreich. Mehr als 2000 Arbeiter der staatlichen Firma Renault protestierten gegen den Abbau von 850 Arbeitsplätzen in einem Pariser Werk. Sie wurden von der Polizei mit Tränengas beschossen. Die Gesellschaft Renault hat im letzten Jahr einen Sanierungsplan beschlossen, wonach 20% der 98.000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen. (31.7.86)

Australien. Tausende von Lagerarbeitern in der Ölindustrie streikten wochenlang aus Protest gegen den Beschluß der nationalen Lohnbehörde, in diesem Jahr die Löhne nur minimal anzuheben. Außerdem ging es um eine Neuregelung des Ruhestandsgeldes. (15.7.86)

Acht Wochen lang blieben Blei-Zinn- und Silberminen geschlossen, als die Arbeiter gegen eine Ausweitung der Nachtschicht protestierten. (17.7.86)

300 Arbeiter besetzten ein Takelwerk. Die Polizei versuchte, mit Hubschraubern in das Werk einzudringen, wurde aber von den Besetzern zurückgeschlagen. Ursache des Konflikts: 14 Bohrleute waren entlassen worden, weil sie eine kurze Versammlung einberufen hatten. (18.8.86)

Fortsetzung von Seite 1

Chile ist reif für die Revolution

Die herrschende Klasse ist jetzt hoffnungslos gespalten und verzweifelt. Die Luftwaffe, die Marine und sogar die Polizei wollen Pinochet, diesen Stein um den Hals, loswerden. Die Armee-Generäle und die CNI-Folterer machen ihre Augen fest zu und klammern sich an Pinochet in der Hoffnung, er könnte ihre Haut vor der unvermeidlichen Rache eines freigelassenen Volkes retten. Nur eine winzige Clique von Bankiers und Multis unterstützt den Diktator noch.

Alle die notwendigen objektiven Bedingungen für den Sturz des Regimes und für die sozialistische Revolution sind jetzt reif:

— Die Arbeiterklasse ist bereit, bis zum Ende zu kämpfen. Trotz der Angst um ihre Arbeitsplätze beteiligten sich 75% am Generalstreik. Wenn es um den Endkampf ginge, wären noch mehr opferbereit — wie die arbeitslosen Jugendlichen, die nichts mehr zu verlieren haben.

— Die Mittelklasse, die den Militärputsch überwiegend unterstützte, ist jetzt auf der Seite der Arbeiter und ist in der Bürgerversammlung vertreten.

— Die herrschende Klasse ist gespalten und ohne Strategie.

— Der Druck wird zu stark für die Arbeiter in Uniform. Die Stimmung ist schlecht. Ein kräftiger Schlag durch einen Massenaufstand, und die Armee wird zerfallen.

Das einzige, was jetzt fehlt, ist eine Führung, die auch nur ein Prozent der Entschlossenheit der Arbeiter und der Jugendlichen hat. Hätten die Führer der sozialistischen und kommunistischen Parteien den Generalstreik 1984 als Sprungbrett für den Aufstand genutzt — durch „Cordones“ (Arbeiterräte) organisiert, mit einer Miliz, um die Arbeiter zu schützen und mit einem Klassenappell an die Soldaten — wären die Gorrillas seit langem nicht mehr an der Macht.

Minimalprogramm

Stattdessen laufen sie jedem neugeborenen bürgerlichen „Demokraten“ hinterher. So haben sie das Unmögliche ermöglicht: Den Wiederaufbau der einst diskreditierten Christdemokratischen Partei. Kurz vor dem Generalstreik im Juli retteten die Arbeiterführer die CD vor dem politischen Selbstmord (sie wollten den Streik nicht unterstützen). Der Generalsekretär der linken Allianz MDP „erinnerte die Mitte-Rechts-Parteien an die Risiken einer Fehlentscheidung: „Das Volk will kämpfen. Wer sich heute fernhält, zahlt dafür später einen hohen politischen Preis.“ (Frankfurter Rundschau)

Die SP- und KP-Führer warten auf die CD, die auf die Generäle

Das Werften - schlachten beginnt

Bremen/Bremerhaven

„Innerhalb von zehn Jahren wurde die Anzahl der auf Bremer und Bremerhavener Werften Beschäftigten um mehr als die Hälfte verringert und es ist in den kommenden Krisenjahren damit zu rechnen, daß diese Entwicklung noch beschleunigt wird.“ Diese nicht gerade rosige Perspektive wurde Anfang Mai in der Bremerhavener Juso-Zeitung OFFENSIV aufgestellt und hat sich inzwischen schneller als erwartet bewährt: Ende Juni kündigte der Verband der Deutschen Schiffbauindustrie (VDS) einen weiteren Kapazitäts- und damit Arbeitsplatzabbau um 30% für die nächsten zwei bis drei Jahre an. Die Kosten für diese „Strukturanpassung“ sollen zu einem großen Teil Bund und Länder tragen.

Obwohl jetzt fast jeder dritte Arbeitsplatz vernichtet werden soll, ist damit noch nichts für die Sicherung der restlichen 70% getan. Sogar der VDS gibt zu, daß bei dieser „Gesundenschumpfung“ im Grunde nichts „gesund geschrumpft“ wird. Es geht also einzig und allein um die Sicherung der Profite auf Kosten der Arbeitnehmer.

Wenn man bedenkt, daß dieser Kapazitätsabbau nur ein erster Schritt sein soll und daß wir in den nächsten Jahren eine weitere Verschärfung der kapitalistischen Krise erleben werden, ist es keine Übertreibung zu sagen: Im westdeutschen Schiffbau ist kein Arbeitsplatz und kein Standort mehr sicher.

Die reale Entwicklung der kapitalistischen Mißwirtschaft, hier am Beispiel der Schiffbauindustrie betrachtet, zeigt sehr deutlich, daß der gemeinsame Kampf aller abhängig Beschäftigten zur zwingenden Notwendigkeit wird.

Fazit: Der Widerstand gegen die Pläne der Unternehmer muß ab sofort bundesweit — und wenn möglich auch in Zusammenarbeit mit Arbeitern und Gewerkschaften in anderen Ländern — organisiert werden.

Ulf Petersen, Bremerhaven
Jungsozialist

Lübeck

In Ohnmacht vor Politik und Kapital und in Angst um den Verlust der Arbeitsplätze erstarren in diesen Tagen die Belegschaften der drei Lübecker Werften Schlichting, Flender und O&K.

Der von der Landesregierung beauftragte Werftenkoordinator Lausen hat auch für Lübeck sein Werftenkonzept vorgelegt. Es enthält für die Beschäftigten schockierende Zahlen. Die drei Lübecker Werften beschäftigen im Juli 1986 zusammen 2.509 Frauen und Männer. Nach der Neuordnung sollen nur noch 1.250 Mitarbeiter im maritimen Bereich tätig sein können. Das bedeutet die Vernichtung von 1.259 Arbeitsplätzen. Und niemand weiß, wer, an welchem Standort und zu welchem Zeitpunkt von diesem Keulenschlag getroffen wird.

Arbeiter tragen die Kosten

Die Arbeiter und ihre Familien sind nicht verantwortlich für die Krise dieses versagenden Wirtschaftssystems. Zu keinem Zeitpunkt übten die Arbeiter eine Kontrolle in den Werften aus. Während aber jahrelang die Gewinne privatisiert wurden, sollen die Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt werden!

Die Harmsdorf-Gruppe hat Vergleich angemeldet, bei einer Schließung der Schlichtingwerft wären 680 Arbeitsplätze auf der Werft vernichtet. Aber das ist noch lange nicht alles, man rechnet auf einen Arbeitsplatz auf der Werft drei Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben. Über 2000 Lübecker Familien müssen dann von Arbeitslosenunterstützung leben!

Dagegen müssen sich die Arbeiter wehren. Sie haben nichts zu verlieren, sondern alles zu gewinnen.

Olav Clausen, Lübeck
Vorsitzender der Juso-AG
Kücknitz
Mitglied des Lübecker
Kreisvorstandskollektivs



Lebenshilfe statt Sterbehilfe

Es gilt auch für die Werften: „Wer nicht kämpft, der hat schon verloren. Wer kämpft, der kann gewinnen.“ Die Arbeitgeber bundesweit haben ein Interesse daran, daß die Kollegen auf den Werften nicht kämpfen — und nicht siegen. Der Harmsdorf-Vorstand und die Landesregierung stehen stellvertretend für die neue Offensive bundesdeutscher Unternehmer da. Siegen sie, so werden sie angespornt, das Harmsdorf-Ergebnis überall durchzusetzen — vorerst bei den Werften. Die Folge: Eine drastische Zunahme der Arbeitslosigkeit, Finanzkrisen für die Städte, Demoralisierung bei den Arbeitern und in den Gewerkschaften. Verliert die Kapitaleite jedoch, so hat dies Signalwirkung für andere Werften und Belegschaften. Der Kampf muß also voll auf Sieg geführt werden.

Das Privateigentum an diesen Werften hat sie in den Ruin getrieben. Die Werften müßten aber der demokratischen Kontrolle der Belegschaft unterworfen werden, die dieses Konzept und die Aktionsvorschläge wurden von der Juso-AG Kücknitz als Solidaritätsangebot verabschiedet. Der Betriebsratsvorsitzende der Schlichting-Werft, Uwe Witt, regte an, das Konzept an die beiden anderen Lübecker Werften weiterzuleiten.

dann dazu übergehen kann, einen sinnvollen Produktionsplan auszuarbeiten und auszuführen. Dies wird auch der Weg für die anderen Werften sein: Keine Unternehmer, sondern Staat. Jedoch keine Bonzen, sondern demokratische Kontrolle. Es wäre denkbar, eine bundesverantwortliche Aufsicht aus jeweils gleichen Teilen von

1. Vertretern der Belegschaft und ihrer Gewerkschaft,
2. Vertretern des DGB,
3. Vertretern der Regierung zu schaffen.

Werftenkonferenz

Die Werftenkonferenz 1983 ließ den Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen zu! Würde eine neue Konferenz der Minister die wirklich verantwortlichen Herren zur Rechenschaft ziehen? Würde der Vorstand entlassen werden? Würde man das Geld von denen holen, die es über die Jahrzehnte weitergeleitet haben? Würde man die teilweise skandalösen Zustände der Reederei-Flotten aufdecken, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten herbeizuführen? Kann eine Werftenkonferenz unter den jetzigen Umständen mehr sein als ein fauler Kompromiß, eine Niederlage für die Betriebsräte und die Belegschaft?

Auf solchen Konferenzen, wie bei allen „Gesprächen“ und Verhandlungen, sollen die anwesenden Arbeiter und Betriebsräte alles dokumentieren. Auf einer unmittelbar darauffolgenden Belegschaftsversammlung und danach auf einer Werftarbeiterkonferenz für den Erhalt aller Werften und Arbeitsplätze werden die Delegierten bzw. Vertreter die Vorschläge der Arbeitgeberseite (das heißt auch der Landesregierung!) schonungslos durchleuchten.

Diese Werftarbeiterkonferenz sollte veranstaltet werden von der IGMetall, den Vertrauensleuten der Werften, den Jugendvertretern und den Betriebsräten aus allen betroffenen Werften gemeinsam, um unter anderem Spaltungsversuche und Konkurrenz aus Angst zu vermeiden. Delegationen aus anderen Werften, aus dem ötv-Hafenbereich, vom DGB wie von anderen von Entlassungen bedrohten Firmen der Region werden ebenfalls eingeladen. Politische Parteien, die sich für den Erhalt der Arbeitsplätze verpflichten, sollen auch vertreten sein.

Zur Vorbereitung dieser Konferenz sollen Belegschaftsversammlungen auf den betroffenen Werften stattfinden, um möglichst viele Kollegen in die Entscheidungsprozesse

mit einzubeziehen sowie die Marschroute gemeinsam abzustecken. Auf diesen Versammlungen sollten Vertreter der jeweils anderen Werften anwesend sein.

Von dieser Konferenz soll eine küstenweite Aufklärungskampagne ausgehen. Eine unerbittliche Mobilisierung, vorerst der Belegschaften der Betriebe der betroffenen Städte, muß entfesselt werden. Dabei werden die norddeutschen Städte einbezogen, die angesichts einer dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit in eine finanzielle Katastrophe gestürzt werden dürften. Nach dem Motto: „Wenn wir uns nicht rühren, rührt sich nichts“ sollen kleinere Delegationen von betroffenen Werftarbeitern auf Betriebsversammlungen, Vertrauenskörpersammlungen, vor den Werkstoren usw. die konkrete Solidarität anderer Betriebe koordinieren und in Gang halten.

Die Kollegen der betroffenen Werften machen ihren Willen zur Weiterarbeit deutlich, notfalls durch ein „Weiterarbeiten“, d.h. durch Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Schultern unter Aufsicht der jeweiligen Belegschaftsvertretungen. Tägliche Versammlungen würden nicht nur die Arbeit planen und koordinieren, sondern die konkrete Einheit festigen, den Arbeitern überall ihren Arbeitswillen und ihre Entschlossenheit demonstrieren, trotz oder notfalls ohne das Management zu produzieren. Zum ersten Mal könnten die alternativen Produkte der Belegschaften Wirklichkeit werden. Die ötv könnte auch dazu veranlaßt werden, den schlechten Zustand vieler Schiffe als Möglichkeit einzusetzen, ihre Überholung zu erzwingen.

Viele einbeziehen!

Hierfür sind aber folgende Punkte unerlässlich:

— Die Erarbeitung eines klaren Konzeptes für den Kampf um Arbeitsplatz und Werft, das mögliche Verschärfungen des Konfliktes — etwa Flächenstreik bzw. Werftbesetzungen — in einen abgestuften Plan einbezieht.

— Die Einheit und das geschlossene Handeln auf der Grundlage einer möglichst tiefen und breiten Einbeziehung aller Kollegen in die taktischen und täglichen Entscheidungsprozesse.

(Die Kampfbereitschaft der eigenen Belegschaft wird gelegentlich unterschätzt, seltener überschätzt).

— Die gründliche Mobilisierung auf der eigenen Werft ermöglicht erst den energischen Einsatz möglichst aller Kollegen. Nur auf dieser Grundlage ist eine breite bzw. immer breiter werdende Mobilisierung und Ausweitung des Kampfes — falls dies nötig erscheint — auf andere Werften, andere Betriebe und andere Gewerkschaften denkbar.

★ Juso-Aktionsprogramm ★

- Belegschaftsvertreter werden von den Jusos in Kücknitz auf eine Mitgliederversammlung eingeladen und bestimmen das Thema. Die Jusos und Jugendliche aus dem Betrieb sorgen in gemeinsamer Aktion für die breiteste Verteilung der dazu nötigen Flugblätter, Plakate usw.
- Die Jugendlichen im Betrieb und die Juso-AG bilden einen paritätischen Ausschuss zur mittelfristigen Koordinierung von Aktivitäten zur Werftenproblematik.
- Ein oder zwei Jugendliche aus der Werft nehmen an den Vorstandssitzungen der Juso-AG teil, damit die Interessen der betroffenen Jugendlichen auch zwischen den Juso-Mitgliederversammlungen zur Geltung kommen.
- Die Jugendlichen aus der Werft werden ermutigt, darüber hinaus das Leben der Juso-AG mitzubestimmen, um die Interessen der arbeitenden Jugend auch allgemein in die Diskussionen und Aktivitäten der AG einfließen zu lassen.

- Die Jusos drängen auf die Öffnung aller Parteiversammlungen nördlich der Trave hin zu den Werftarbeitern, d.h. daß Vertreter der betroffenen Belegschaften selber als Hauptreferenten zum Thema Werften usw. eingeladen werden.
- Der Juso-Kreisverband könnte im Stadtbereich ähnliches versuchen. Anfallende Aktionen könnten z.B. sein: Flugblattaktionen, Unterschriftensammlungen für den Erhalt der Werften und der Arbeitsplätze, Informationsveranstaltungen auch in Jugendzentren, Gemeindehäusern, Kirchen, Gaststätten, Vereinen, vor Ämtern, Krankenhäusern, Kulturveranstaltungen mit Musik, Button-Aktionen, Demonstrationen, Info-Stände in der Stadt, Radio-Interviews, Video-Filme der Aktionen und vieles mehr.
- Ständiger und regelmäßiger Kontakt zwischen dem Betriebsrat bzw. dem Vertrauenskörper, der Jugendvertretung und der Juso-AG. Aus-

tausch des Erreichten, wie der Vorhaben.

- Die Juso-AG bietet sich an, bei anfallenden Aktionen wie z.B. Flugblattverteilungen, aktiv mitzuhelfen.
- Die Juso-AG wirkt dafür, daß die Ortsvereine nördlich der Trave aktiviert werden und sich ebenfalls an Aktionen beteiligen.
- Alle Beteiligten appellieren an die SPD als Arbeitnehmerpartei, sich ebenfalls in koordinierte Aktionen der Belegschaft einzureihen. (Kreis, andere Kreise, Landesverband).
- Die Belegschaftsvertreter schreiben an die Gremien der Partei, einschließlich der Ortsvereine, der AfA und der Jusos des Kreisverbandes mit einer Selbstdarstellung und einer persönlichen Aufforderung, sich an Aktionen zu beteiligen.
- Adressenlisten von (bzw. für zukünftige) Helfer werden angefertigt. Dies ist bei einer Verschärfung des Konfliktes von besonderer Bedeutung.

VORAN

Landwirtschaft am Ende?

Wer kann das verstehen? Es gibt zuviel Getreide, Obst, Fleisch und Milch. Ein Jahrtausende alter Traum der Menschheit könnte erfüllt sein — endlich keinen Hunger mehr!

Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Planierraupen zermanschen Apfelberge, Butter wird an Kälber verfüttert... zigtausende Bauern wissen nicht mehr ein noch aus: Sinkende Erzeugerpreise, Preissteigerungen für Betriebsmittel, und Tschernobyl versetzt manchem Betrieb den Todesstoß.

Dabei ist die Entwicklung in der Landwirtschaft nichts neues: Nach dem Krieg lebten in der BRD noch ca. 5 Millionen Erwerbstätige von der Landwirtschaft. Neue Techniken wie Traktoren, Mähdrescher, Dünge- und Pflanzenschutzmittel brachten gewaltige Veränderungen auf die Höfe. Kleine, unproduktive Betriebe mußten aufgeben, die Großen überlebten. So mancher Bauer freute sich, die Schwerarbeit auf dem Feld gegen geregelte Arbeitszeit in der Fabrik eintauschen zu können. Heute sind noch knapp eine Million Menschen in der Landwirtschaft erwerbstätig.

Wachsen oder Weichen

„Wachsen oder Weichen“ war — und ist — die Parole der Nachkriegsagrarpolitik. Dabei wurde nicht weniger produziert, sondern im Gegenteil: Die Erträge stiegen dank Fortschritten in der Technik, Chemie, Pflanzen- und Tierzucht. Die hohen Ausgaben für Maschinen und Chemikalien können große Betriebe

natürlich eher tragen als kleine, aber nur durch höhere Erträge kann die Kluft zwischen stabilen Erzeuger- und steigenden Betriebsmittelpreisen überwunden werden. „Strukturwandel“ heißt das Wort, das die ganz „normale“ Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft beschreibt: Unproduktive, meist kleinere Betriebe scheiden aus der Konkurrenz aus.

Subventionen — für wen?

Aber die Bauern kriegen doch soviel Subventionen, wird entgegnet. Das stimmt, aber wer bekommt die Gelder wirklich? Zwei Drittel aller Preisstützungsgelder gehen für Lagerhaltung und Verwaltung drauf. Beim Bauern kommt allenfalls ein Drittel an. Das meiste wird in Abhängigkeit von Betriebsgröße, Tierzahl, Dieserverbrauch, Getreide-, Milch- oder Fleischertrag gezahlt. Je größer der Hof, je höher der Ertrag, desto üppiger fließen die Gelder — übrigens ein wichtiger Motor für die schnelle Produktivitätssteigerung.

Oft genug geschieht der Einsatz von Maschinen und Chemikalien „ohne Rücksicht auf Verluste“. Aber gefördert und gewollt vom Staat durch Beihilfen und Berater und natürlich erst recht von der Industrie, vor allem den Chemiekonzernen. Für die Folgen zahlen wir alle — für die Grundwasserverseuchung z.B. neuerdings den Wasserpfeffig in Baden-Württemberg.

Wende — auch in der Landwirtschaft

Ironischerweise hat sich die Situation für die Bauern gerade in der Zeit seit der Wende verschärft. Die Masse der Bauern hielt „ihrer“ Partei, der CDU, und dem Bauernverband (Chef ist der CDU-MdB von Heeremann, 5000 ha-„Bauer“ in der BRD und in Kanada) seit Jahrzehnten die Treue, obwohl die Agrarpolitik immer nur das Wohl der Agrarindustrie und der Großbauern im Auge hatte. Heute bewirtschaften bereits 5% der Betriebe 25% der landwirtschaftlichen Fläche in der BRD.

Aber der Motor, die Förderung von Produktionssteigerung und Strukturwandel, wurde zur Bremse: Heute steht die Agrarpolitik, in der

Kapitalistisches Profitsystem brechen

EG wie in Bonn, vor dem Kollaps. Erzeugung, Vernichtung und Verwaltung von Erzeugnissen sind nicht mehr zahlbar.

Trotz Ertragsteigerungen werden die Bauern das laufende Wirtschaftsjahr mit ca. 10% Einkommenseinbußen beenden. Die EG-Garantiepreise sind bei Getreide um knapp 10% gesenkt worden. Weitere Maßnahmen wie Mitverantwortungsabgabe, Quotenregelung bei Milch, höhere Qualitätsanforderungen an Getreide und nicht zuletzt die



Die Demonstrationen der Bauern häufen sich. „Lieber im Sozialismus ehrenvoll enteignet werden als sich im Kapitalismus k: uttzuschaffen“. So lautete die Aufschrift auf einem Transparent.

Auswirkungen von Tschernobyl lassen viele Bauern für die Zukunft schwarz sehen.

Power to the Bauer

Bauer Kiechle, der Agrarminister, hat die undankbare Aufgabe, diese Maßnahmen durchzuziehen, aber gleichzeitig die Bauern als CDU/CSU-Wähler zu erhalten. Schier unlösbar! Für einen Doppelzentner Weizen wird heute ein Preis gezahlt wie Anfang der 50er Jahre. Und die CDU bekommt die Wut der Bauern zu spüren: Demonstrationen, Treckerkonvois, hitzige Debatten auf Bauertagen, Wahlboykotte...

Die Entschädigungen nach Tschernobyl sind nur ein allzu klägliches Trostpflaster, wenn auch erstmals in Abhängigkeit von Personen (durch die landwirtschaftliche Sozialversicherung) und nicht von Betriebsgröße gezahlt wird. Aber diese Beihilfe zeigt, daß selbst die CDU den bisherigen Weg verlassen muß. Die Landwirtschaft auf kapitalistischer Basis ist am Ende — außer: zigtausende Bauern werden Sozial-

Streichung der Schulden zu fordern. Freiwillige Zusammenschlüsse (Maschinen-Ringe, Produktionsgenossenschaften) sollten besonders gefördert werden. Dabei ist jedoch entscheidend, daß in solchen Genossenschaften nicht doch wieder einige größere Landwirte ihre Interessen durchsetzen. Dies ist nur durch demokratische Kontrolle seitens der Produzenten zu verhindern.

Doch letztlich können auch solche kleinbäuerlichen Genossenschaften nicht unabhängig vor sich hin wirtschaften. Um das kapitalistische Profitsystem zu brechen und den Raubbau an der Natur zu verhindern, müssen Großgrundbesitz, Banken, Chemieindustrie und Lebensmittel- und Agrarkonzerne in Gemeineigentum überführt und demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Auf dieser Grundlage könnte die landwirtschaftliche Erzeugung harmonisch koordiniert werden: Aufstellung einer Planung (auf europäischer Ebene) zur Ermittlung der besten Anbaubetriebe für bestimmte Produkte; Einbeziehung von Wissenschaftlern und Naturschutzverbänden zur Sicherstel-

lung einer ökologisch bewußten Anbauweise, staatlich garantierte Abnahme der Produkte, Öffnung der Kühllhäuser und Abbau der Butterberge, Milchseen usw. Es kann in der Landwirtschaft in absehbarer Zeit keine „Überproduktion“ geben, solange 2/3 der Menschheit hungern, unterernährt sind oder Lebensmittel relativ teuer sind.

Hans Blunck, Stuttgart Jungsozialist

Landtagswahlen in Bayern Strauß raus!

Die Landtagswahl in Bayern am 12.10.86 bietet für die SPD eine gute Gelegenheit, sich für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung einzusetzen: Für eine gesicherte Existenz und das Recht auf Arbeit, einen Ausbildungsplatz für alle Jugendlichen und eine lebenswerte Umwelt.

Das Waldsterben verläuft im Alpenraum besonders dramatisch. 80% der Bergwälder sind beschädigt, 50% des Waldes wird von der Staatsregierung als „Sterbender Wald“ bezeichnet. Das Alpenvorland ist auf die Schutzfunktion des Waldes angewiesen, sonst drohen Umweltkatastrophen und Zerstörung. Statt die Emissionen des Straßenverkehrs — die Hauptursache des Waldsterbens — zu senken, beschließt die Staatsregierung gewaltige Investitionen für ein Straßenbauprogramm.

Die Erfahrungen von Tschernobyl und das brutale Vorgehen der Polizei gegen WAA-Gegner in Wackersdorf hat den Widerstand in Ortschaften rund um die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage wachsen lassen und selbst jahrzehntelange treue CSU-Wähler er-

bittert. Der Abwurf von Gasgranaten, geplanter Einsatz von Distanzwaffen (Bayern hat bereits Gummigeschosse und Abschußvorrichtungen im Wert von 100.000 DM bei einem Schweizer Rüstungsunternehmen bestellt) und Diskussionen über eine Verschärfung des Demonstrationsrechts zeigen, wie weit diese „Rechts“-Regierung gehen möchte.

Verschärfung der Krise

Bayern vorn — damit wirbt denn auch die CSU und begründet dies mit dem Wachstum der bayrischen Wirtschaft, das 1985 bei 4,2% und damit an erster Stelle der Bundesländer lag; auch die Arbeitslosenzahlen liegen um ein Drittel niedriger als im Bundesdurchschnitt. Die Ursache liegt jedoch weniger in der Freundschaft der Unternehmer zu Franz Josef Strauß als vielmehr an der Struktur der hier angesiedelten Industrie.

Die vor allem im norddeutschen Raum ansässige Grundstoff- und Schwerindustrie (z.B. Stahl- und Werftenindustrie) war zuerst von der Krise betroffen, während die verarbeitende Gewerbe, Automo-

bil- und die Rüstungsindustrie im Süden ihren Schwerpunkt hat und weniger Einbußen hinnehmen mußte. Die Elektronikindustrie rechnet in den nächsten fünf Jahren mit zweistelligen Zuwachsraten. Die hohe Exportabhängigkeit des Maschinenbaus (1984: 45,8%), der Elektrotechnik (31,5%) und des Straßenfahrzeugbaus (31,5%) werden bei der nächsten Rezession auch im Süden schärfere Auswirkungen haben.

Besonders in der Automobilindu-

strie wurden gewaltige Überkapazitäten aufgebaut. Auch in Bayern ist ohne entsprechende Gegenwehr mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Vor allem ist jede Arbeitslosenzahl zu hoch! Viele Arbeitslose sind inzwischen auf Sozialhilfe angewiesen. Der in Bayern gültige Regelsatz eines Haushaltungsvorstandes ist im gesamten Bundesgebiet am niedrigsten. Die vom Erlanger Stadtrat beschlossene Erhöhung um 16% wurde von der Bezirksregierung Ansbach beanstandet.

SPD braucht Alternative

Rückschritte in ihrem Einkommen mußten seit 1975/76 auch die Landwirte hinnehmen (Ausnahme: 82/83). 9,4% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, wobei die Nebenerwerbswirtschaft rund 10% höher liegt als im Bundes-

durchschnitt.

Auf die hier angesprochenen Probleme und Skandale braucht die SPD eine klare Alternative. Die SPD muß unter anderem mobilisieren für:

- Keine Wiederaufarbeitungsanlage
- Ausstieg aus dem Atomprogramm
- Erstellen eines neuen Energieprogramms, auch gegen den Widerstand der Energieversorgungsunternehmen und der mit ihnen verbundenen Konzerne
- Keine Entlassungen, sondern Umstrukturierung der Arbeitsplätze
- Verteilung der Arbeit auf alle und entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit
- Mindesteinkommen von 1500 DM für alle.

Karin Dollmeyer-Djafari, Nürnberg Jungsozialistin



Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Ich abonniere 6 Ausgaben 9,60 DM verkaufe Exemplare spende DM

Name:
Anschrift:

An: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1 PschA Essen, Konto 2500 59-430 BLZ 36010043